

Die Gewerkschaft.

Organ für die Interessen der in Gemeindebetrieben beschäft. Arbeiter und Unterangestellten.
 Publikations-Organ der in Gemeindebetrieben beschäftigten Arbeiter und Unterangestellten.

Erscheint alle 14 Tage Sonntags.
 Bezugspreis 80 Pf. pro Vierteljahr.
 Einzelnummer 15 Pf.

Verantwortlicher Redaktor und Verleger:
Franz Voersch,
 Berlin W. 30, Winterfeldstr. 25.

Inserate, die 3 gespaltene Zeilen
 30 Pf.
 Seriammlungs- u. Vereinsanzeigen 15 Pf.
 Bei Wiederholung Ermäßigung.

Nr. 18.

Berlin, den 8. September 1901.

5. Jahrg.

In die Arbeiter der deutschen Gaswerke!

Wie wir bereits in der vorigen Nummer bekannt gegeben haben, sahen wir uns gezwungen, den geplanten Gasarbeiter-Kongress auf unbestimmte Zeit zu versetzen, da bisher nicht im Entferntesten die Gelder eingelaufen sind, welche zur Bestreitung der Unkosten desselben gebraucht werden.

Bisher haben folgende Filialen, welche an dem Kongress interessiert sind, noch gar keine Gelder für denselben an den Verbands-Vorstand abgeliefert: Berlin I (Müllerstr.), Berlin Ib (Güschlerstr.), Berlin VI (Vaterl.-Liedert.), Berlin IX (Rebber-Inspektionen), Berlin X (Hörsingstr.), Breslau, Chemnitz, Hamburg, Karlsruhe, Leipzig, Lubowitsch a. Rh., Magdeburg III, Mannheim I, Mannheim II, Nürnberg, Rixdorf, Schmargendorf und Stettin.

Als ungenügend müssen die eingesandten Gelder von Magdeburg I, Berlin Ia, Stuttgart und Mainz betrachtet werden.

Wir können nur nochmals hier erklären, daß wir nicht über einen bestimmten Termin für die Tagung des Kongresses festlegen werden, bevor nicht annähernd die notwendigen Gelder zusammen sind.

Wir werden ferner dafür Sorge tragen, daß Filialen, welche gar keine oder zu ungenügende Gelder einbringen, der Zutritt zum Kongress verweigert wird. Die bedauerliche Tatsache, daß der Kongress aus Mangel an den notwendigen Mitteln vertagt werden mußte, ist unserer Meinung nach bei den meisten Filialen auf Nachlässigkeit in der ganzen Sache zurückzuführen. Wenn die Filiale Bremen 105 65 Mk. bisher für den Kongress gesammelt hat, so müssen die anderen Filialen auch ähnliche Resultate herbeiführen können.

Wir geben uns daher der Hoffnung hin, daß nun endlich die gemachten Filialen ihre Pflicht erfüllen werden.

Die Kongressgelder sind an **F. Voersch,**
 Berlin W. 30, Winterfeldstr. 25, abzuliefern.

Der Verbands-Vorstand.
 F. A. Dr. Voersch.

Gegen den Zucker-Zolltarif

Das Ungeheuerliche ist zur Tatsache geworden. Der am 26. Juli d. J. vom „Reichsanzeiger“ infolge von Indiskretion preisgegebene Zolltarifentwurf enthält durchweg so enorme Zollsteigerungen, daß er die kühnsten Erwartungen der agrarischen und industriellen Schutzvölker erfüllt. Der ganze Entwurf entpuppt sich als ein einziges Attentat gegen die vitalsten Interessen der konsumierenden Bevölkerung, insbesondere gegen diejenigen der Arbeiterklasse, deren nothwendigster Lebensbedarf ganz bedeutend verteuert wird. Das Junkerthum und mit ihm die Großindustriellen und Syndikatsmagnaten haben im ersten Ansturm auf der ganzen Linie gesiegt; die Regierung hat ihnen allen, ohne feinsinnige Abwägung, ihre hochgehenden Wünsche befriedigt und das arbeitende Volk dazu ausersehen, den Haupttheil der Last zu zahlen. Und das nennt sich noch „Schutz der nationalen Arbeit“!

Die allgemeine Ueberraschung, die der Entwurf brachte, wurde dadurch gesteigert, daß die Veröffentlichung desselben der Reichsregierung vorzeitig abgezwungen war. Bereits Mitte Juli konnte der „Beobachter“ in Stuttgart wichtige Einzelheiten des Entwurfes mittheilen. Das hätte aber die Regierung noch hinhalten lassen, wenn nicht ein vollständiges Exemplar des Entwurfes in die Hände

der „Londoner Finanzchronik“ (wie es heißt, für den Preis von 1500 Mark) gerathen wäre. Demgegenüber mußte die Regierung mit dem vollen Entwurf herausrücken, noch ehe die Öffentlichkeit darauf „vorbereitet“, d. h. im Sinne der Zoll-erhöhungen von der Schutzoll- und Amtspresse bearbeitet war. Selbst der Widerstand im Bundesrathe war noch nicht einmal überwunden, denn besonders bei den süddeutschen Regierungen machte sich eine starke Gegnerschaft gegen den Entwurf geltend. Und noch weniger hat die Reichsregierung bisher auf die Stimmung des an der Gestaltung des Handelsverkehrs lebhaft interessirten Auslandes Rücksicht genommen. Unfertig in jeder Beziehung, als ein rohes Produkt hochschützöllerischer Triebe, ist der Entwurf an's Tageslicht gekommen, Niemandem zur Freude gereichend, als eben den von ihm bedrängten Hochschützöllern selbst. Aber gerade in dieser Unfertigkeit enthüllt er die Absichten der Reichsregierung am deutlichsten; er beweis, wie sehr sich die letztere den Junkern und Großindustriellen, den Kanalrebelln und Syndikatswuchterern in die Hände gegeben hat.

Den Obvantenheil der Beute heimlich die Großgrundbesitzer ein. Die Getreidezölle, bisher auf 3,50 Mk. im Vertrags-, bezw. 5 Mk. im Generaltarif fixirt, sind auf 6 Mk. für Roggen und 6,50 Mk. für Weizen erhöht worden. Für die vierköpfige Familie bedeutet dies allein eine Mehrbelastung an Zoll von 20—25 Mk. jährlich. Da aber die zahlreichen Zwischenfaktoren an der Zollaussgabe noch besonders zu verdienen trachten, so wächst dementsprechend auch die Mehraussgabe der Arbeiterfamilie. Für Mehl ist der Zolltag gar auf das Doppelte (von 7,30 Mk. auf 13,50 bis 16 Mk.) gesteigert, und Hülsenfrüchte zahlen nach dem Entwurf 4 Mk. statt 2 Mk. pro hundert Kilogramm.

Ganz in entsprechender Weise sind auch die Zölle für andere landwirthschaftliche Erzeugnisse gesteigert, so für bisher freie Rindern, Kälbern auf 2 Mk.; für Apfelföfen, Pfirsiche, bisher frei, auf 8 Mk.; für Apfelsinen, Zitronen, Datteln, Feigen von 4 Mk. auf 12 Mk.; für getrocknete Birnen und Nessel von 4 Mk. auf 8 Mk.; für Weintrauben von 4 Mk. auf 15 Mk.; für Rosinen, Korinth von 8 Mk. auf 24 Mk.

Noch wirksamer nimmt sich der Entwurf der Viehzüchter-Interessen der Agrarier an. Rücksichtslos verteuert er jeden Pfennig Fleisch, den sich die Arbeiterfamilie etwa gönnen möchte; sogar der Speck, das verbreitetste Fleischnahrungsmittel der Proletarier, wird mit höherem Zoll bedacht. Er soll, statt bisher 20 Pf., künftig 35 Pf. pro Kilo tragen. Der Zoll für Rinde und Bullen wird von 9 Mk. auf 25 Mk., für Ochsen von 12 Mk. auf 60 Mk. und mehr, je nach Gewicht, Lämmer von 50 Pf. auf 1 Mk., Schafe von 1 Mk. auf 2 Mk. und Schweine von 5 Mk. auf 20 Mk. zc. gesteigert. Gänse, bisher frei, sollen künftig 0,70 Mk. pro Stück, Fühner 6 Mk. pro 100 Kilogramm Zoll kosten, und geschlachtetes Fleisch wird statt mit 15 Mk., mit 30—35 Mk. pro 100 Kilogramm besteuert. Butter, bisher 17 Mk., ist mit 45 Mk., Schmalz, bisher 10 Mk., mit 12,50 Mk., Futter und Rinde, statt 15—16 Mk., mit 30 Mk. und Eier, bisher 2 Mk., mit 6 Mk. eingestellt. Besonders die letztere Zollserhöhung wird für die Arbeiterfamilien fühlbar werden; betrug doch deren Einfuhr in's deutsche Reich in den Jahren 1897 bis 1900 insgesamt 351 Millionen Mark, also

im Jahresdurchschnitt 88 Millionen Mark, im letzten Jahr allein 103 Millionen Mark. Die Verdreifachung des bisherigen Zollsatzes löst der konsumierenden Bevölkerung allein 4,7 Millionen Mark Mehraussgabe an Zoll, ungerechnet den für deutsche Waare erlegten Mehrbetrag. Auch zahlreiche Industrieerzeugnisse sind von den Zollserhöhungen betroffen, so Schuhwerk mit Zollsteigerung von 50 Mk. bis 70 auf 85 Mk., Papier von 6 Mk. auf 10 Mk., Werkzeuge von 10—15 Mk. auf 20—40 Mk., Maschinennadeln von 24—60 Mk. auf 200 Mk., Schreibfedern von 60 Mk. auf 90 Mk., Reaktormaschinen, bisher 3—8 Mk., jetzt 3,50—100 Mk. pro 100 Kilogramm, Nähmaschinen 35 Mk. statt 24 Mk. zc. Frei, wie bisher, bleiben u. A. Kartoffeln, Gerste und Kohlen, künstliche Düngemittel, sowie eine große Reihe von Rohstoffen für die Industrie. Zu den bisher zollfrei eingeführten Gegenständen sind u. A. zwei Spezies getreten, die dem Entwurf einen humoristischen Zug verleihen, nämlich Ordensauszeichnungen fremder Regierungen und — Leichen, einschließlich der sie umgebenden Särge. Es ist also dafür gesorgt, daß der mit fremden Orden Dekorirte diese Ehre nicht noch besonders verteuern muß und daß wenigstens Todte von Zollpladereien verschont bleiben.

Können sonach die Agrarier billige Triumphe feiern, so ist ihre zur Schau getragene Unzufriedenheit mit den Positionen des Entwurfes, betreffend landwirthschaftliche Erzeugnisse, eitel Heuchelei. Gewiß giebt es unter ihnen Leute, die sich nicht entblöden, statt 6 Mk. bis 6,50 Mk. 10 bis 12 Getreidezoll pro Doppelentner zu fordern; aber wenn die agrarische Presse sich jetzt auf die Entwürfen herausspielt, und außer höheren Zollsätzen sogar Kartoffelzölle fordert, so befundet sie damit lediglich die Gesplogtheit unerschämter Maffler, die sich trostlos geben, um jedes Herabgehen unter die vorgeschlagenen Sätze zu verhindern. Sie haben um so weniger Ursache, der Regierung Vorwürfe über stiefmütterliche Behandlung der Landwirtschaft zu machen, als die Entwurfsätze als Minimalätze charakterisirt werden, unter welche auch bei Handelsverträgen nicht wesentlich herabgegangen werden soll. Dagegen soll der Bundesrath ermächtigt sein, zollpflichtige Waaren aus Staaten, die deutsche Schiffe oder Waaren gegenüber solchen anderer Staaten ungünstiger behandeln, neben den tarifmäßigen Sätzen mit Zollzuschlag bis zum doppelten Betrag dieser Sätze oder bis zur Höhe des vollen Werthes, und zollfreie Waaren bis zur Hälfte des Werthes belasten. Auf russisches oder amerikanisches Getreide angewendet, würde diese Maßregel einem Einfuhrverbot gleichkommen, und die Kosten dieses Zollkrieges müßte natürlich wiederum die konsumierende Bevölkerung tragen. Es liegt Bahnwitz in dieser Methode, aber was wäre den Junkern nicht genehm, wenn es ihnen ungeheure Profite bringt. Einen reichlichen, frühlichen Zollkrieg, der ihnen das gesamte Volk tributpflichtig macht, haben sie schon längst herbeigeführt.

Nicht so ganz geheimer ist es den verschiedenen Industriellenkreisen, deren Einzelinteressen sich zu sehr widersprechen, um Alles in dem Entwurf einzeln und annehmbar zu finden. So haben die Lederindustriellen in der Erhöhung der Zölle für Gerbstoffe bereits ein Paar gefunden, und die Druckereibesitzer und Zeitungsverleger entrüsten sich über die höheren Sätze für Papier. Und so wird

der Kampf noch um zahlreiche Einzelpositionen entbrennen, die sich bis jetzt nur oberflächlich übersehen lassen. Im Allgemeinen wird jedoch die schutzgollnähmende Industrie die Konsequenzen ihrer Forderungen auf sich nehmen müssen, mögen die erreichten Vortheile auch durch anderweitige Nachteile aufgewogen werden. Wer sich dem Teufel verstreift, muß sich gefallen lassen, daß derselbe am Fälligkeitstermin sich in seiner abschreckendsten Gestalt zeigt.

Für die arbeitende Bevölkerung kann es nur eine Lösung geben, welche lautet: „Nieder mit jeder Erhöhung der Zuckerzölle, nieder mit jeder künftlichen Vertheuerung ihrer ohnehin kärglichen Lebenshaltung“. Als Konsumtanten haben sie das dringendste Interesse, die geplanten Zollvertheuerungen auf Lebensmittel und Waaren der für ihren Bedarf in Betracht kommenden Art entschieden abzuwehren. Die von bürgerlicher Seite empfohlene Rücksichtnahme auf die kleinbäuerliche Bevölkerung kann für sie um so weniger maßgebend sein, als von dieser nur ein kleiner Theil der Bessersituirten von den Zollerhöhungen einen Vortheil hätte. Noch weniger beweiskräftig ist für sie die Folgerung, daß die Zollerhöhungen den Grundbesitzern die Möglichkeit geben, ihren Landarbeitern bessere Löhne zu zahlen. Letzteres hätte zur Vorbedingung, daß den ländlichen Arbeitern und dem Gesinde das volle Koalitionsrecht eingeräumt würde, und dafür waren bisher weder die Agrarier noch deren zollschützfreundlichen Parteien zu haben. Wer danach noch die Arbeiter glauben machen will, der Schutzgoll käme den Landarbeitern zu gute, der lügt in bewusster Weise.

Aber auch als Produzenten haben die Arbeiter kein Interesse an den Zollsteigerungen, denn wo dieselben einzelnen Industrien den Wettbewerb erleichtern, da kommt der Vortheil lediglich den Unternehmern zu gute. Die Höhe der Löhne ist davon in den seltensten Fällen abhängig und eine gute gewerkschaftliche Organisation würde den Arbeitern Vortheile erkämpfen, die zehnfach die etwaigen Nachteile des Schutzgollnähmens aufwiegen. Deito schwerer fallen die Nachteile dieses Systems für die Arbeiter in's Gewicht, vor Allem die durch dieses herbeigeführte Beunruhigung des Weltmarktes und Waarenabzuges, die zur Verminderung der Produktion und zur Verschlechterung der Lage des Arbeitsmarktes führt, sowie die durch das Schutzgollnähm bewirkte Stärkung des Einflusses der Unternehmerrückstände, die, zumal angeht die kommenden Wirtschaftskrisen, eine Schwächung der gewerkschaftlichen Position bedeutet.

Vertheuerung der Lebenshaltung, Arbeitslosigkeit und Unternehmerherrschaft — das sind die herrlichen Aussichten, die der Zolltarif-Entwurf der deutschen Arbeiterklasse eröffnet. Als ob die kommende Krisis nicht schon genug des Elends in Aussicht stellte, beizt sich die Reichsregierung, die Leiden und Abhängigkeit der arbeitenden Bevölkerung zu verschärfen, das Maß des Unglücks derselben voll zu machen, um schreiend-nichtstueren auskömmliche Renten in den Schooß zu werfen. So wird die nationale Arbeitskraft geächtet, und wo der Arbeiter sich gegen Noth und Ausbeutung empört und höhere Löhne verlangt, da gewährt dieselbe Regierung den Junkern und Fabrikanten für den Massenimport ausländischer Arbeitskräfte jede mögliche Erleichterung.

Gegen ein solches System ist nur der einstimmige Protest der deutschen Arbeiterklasse am Plage. Nieder mit dem Brot- und Lebensmittelwucher in jeder Form, nieder mit der Hauptpolitik der Besitzenden auf Kosten der Besitzlosen, nieder mit den Zollskandalen und Zollkriegsgelüsten, die den Arbeitsmarkt fortgesetzt beunruhigen! Das kann einzig und allein die Lösung der deutschen Arbeiter sein.

Auch die gewerkschaftlichen Organisationen dürfen in diesem Kampfe nicht unthätig bleiben. Ihr vitalstes Interesse an der Erhaltung ihrer Erzeugnisse gebietet ihnen, sich gegen die Anschläge zu wehren, welche indirect eine Lohnverminderung für jeden einzelnen Arbeiter, eine Erhöhung des Arbeitslosigkeitsbudgets für die Organisationen bedeuten. Dann aber ist es auch ihre besondere Pflicht, den Behauptungen ihrer Unternehmern entgegenzutreten, daß eine Zollsteigerung für diese oder jene Waarengattung namentlich auch im Interesse der mit ihrer Herstellung betrauten Arbeiter liege. Wer dieser Logik auch nur das

kleinste Maß von Vertrauen schenkt, der macht sich zum Wittchuldigen des großen Volksbetruges, den die Junker und Industriemitter mit ihrem Schutzgollnähm beabsichtigen.

Darum, gewerkschaftlich organisierte Arbeiter aller Orten, auf zum Kampfe gegen den Wuchertarif! Als Kerntruppen der Arbeiterbewegung trägt den Protest bis in die kleinsten Gemeinden hinein und besonders in jene Arbeiterkreise, die von bürgerlich-brotwucherfreundlichen Parteien schändlich zum Interessenverrath an der eigenen Klasse mißbraucht werden. Schon sind die Mißleiteten thätig und lebend geworden und ahnen den Betrug, zu dessen Werkzeugen man sie erniedrigen will. Eure Aufklärung: dae diesen Betrug vereiteln, und sollte sie nicht ausreichen, den Brotwuchertariff das Handwerk zu verleben, so falle die Verantwortung für diesen Volksverrath gänzlich auf diese jurid. Nieder mit dem Wuchertarif!

Verbandstheil.

Verbandsvorsitzender: **H. Siebig, Berlin N. 10, Urbanstraße 34.** Geschäftsführender Sekretär des Verbandes: **Ernst Voersch, Berlin W. 37, Winterfeldstraße 25,** Postal III. Sprechst. von 10 12 Uhr Formtags Son- und Feiertags ist die Geschäftsstelle geschlossen. Verbandskassierer: **H. Hoffmann, Berlin N. 55, Eresdowerstr. 48.** Geschäftsführer der Krankenk. u. Zuschussk. **G. Damm, Berlin W. 30, Winterfeldstraße 25.** Alle Korrespondenzen, Anfragen u. die den Verband betreffen, sind nur an den Verbandssekretär, alle Verbindungen, nur Ausnahme derjenigen, welche für die „Gewerkschaft“ und die Krankenk. u. Zuschussk. bestimmt sind, nur an den Verbandskassierer zu richten. Alle Korrespondenzen und Verbindungen für die Krankenk. u. Zuschussk. geben an **G. Damm, Berlin W. 30, Winterfeldstraße 25.**

Verbindungen für die „Gewerkschaft“ geben an **H. Voersch.**

Vorsitzender des Ausschusses: **H. Schulz, Berlin N.O., Sauerherstraße 21.**

Versammlungen.

Zur Beachtung!

Mit der Ausbreitung unserer Bewegung hat sich auch der Stoff vergrößert, der in unserer Zeitung behandelt werden soll. — Daher müssen wir namentlich an die Versammlungs-Versicherer die dringende Bitte richten, ihre Korrespondenzen so kurz wie möglich zu fassen. Insbesondere ist die genaue Angabe der Tagesordnung der Versammlungseröffnung u. zu unterlassen, da solche Angaben nur unwürdigen Platz in Anspruch nehmen und wenig oder gar kein Interesse für die Allgemeinheit besitzen. In den Versammlungsbereichen sollen nur die Punkte zur Erörterung gelangen, welche die Allgemeinheit interessieren; auch sind die Angaben über Festlichkeiten, deren Komitemitgliedern u. zu unterlassen.

Berichte u., welche in der nächsten Nummer Aufnahme finden sollen, müssen mindestens eine Woche vor dem Erscheinen derselben in den Händen der Redaktion sein. Jedoch können sie nur dann auf Aufnahme hoffen, wenn sie einer größeren Umarbeitung nicht bedürfen und Raum vorhanden ist. — Alle Berichte müssen auf beiderseitigen Seitenrand verbunden sein. Es darf auch stets nur eine Seite des Papers beschrieben werden.

Berlin Ia. (Gasanhalt Danzigerstraße) Die Mitglieder-Versammlung der Zitate, welche am 20. August 1901, wählte den Kollegen Grammer zum Schriftführer. Nachdem eingehend über den Generalrat der Glasarbeiter diskutiert worden, wurden 60 Mk. aus der Zitatk. zur Unterstützung derselben bewilligt; es soll zur Deckung dieser Summe jedes Mitglied pro September 10 Pf. Extrabeitrag zahlen. Dem Kollegen Grodogyt wird ein Darlehen von 30 Mk. bewilligt; die demselben bereits vorher geleihenen 20 Mk. werden gestrichen. Zum Schluss diskutiert Kollege Postas den gegenwärtigen Stand der Krankenk. u. Zuschussk. Die Maßnahmen des Verbandsvorsitzenden werden abgelehnt, kritisiert und darauf die Kollegen Gannick und Bölsk zu Krankenk. u. Zuschussk. gewählt.

Berlin III. In der letzten Mitglieder-Versammlung am 15. August 1901, standen folgende Punkte auf der Tagesordnung: 1. Quartalsabrechnung 2. Abrechnung über das Stiftungsfest 3. Wahl des Zitat-Vorstandes, der Revisoren und Vertrauensleute 4. Bericht des Kollegen Wegner über die Punkte 1. und 2. 5. Quartalsabrechnung. Zum 2. Punkt berichtet Kollege Volkmann über die Punkte 1. und 2. und über die Punkte 3. und 4. 6. Bericht des Kollegen Wegner über die Punkte 1. und 2. 7. Bericht des Kollegen Wegner über die Punkte 3. und 4. 8. Bericht des Kollegen Wegner über die Punkte 5. und 6. 9. Bericht des Kollegen Wegner über die Punkte 7. und 8. 10. Bericht des Kollegen Wegner über die Punkte 9. und 10. 11. Bericht des Kollegen Wegner über die Punkte 11. und 12. 12. Bericht des Kollegen Wegner über die Punkte 13. und 14. 13. Bericht des Kollegen Wegner über die Punkte 15. und 16. 14. Bericht des Kollegen Wegner über die Punkte 17. und 18. 15. Bericht des Kollegen Wegner über die Punkte 19. und 20. 16. Bericht des Kollegen Wegner über die Punkte 21. und 22. 17. Bericht des Kollegen Wegner über die Punkte 23. und 24. 18. Bericht des Kollegen Wegner über die Punkte 25. und 26. 19. Bericht des Kollegen Wegner über die Punkte 27. und 28. 20. Bericht des Kollegen Wegner über die Punkte 29. und 30. 21. Bericht des Kollegen Wegner über die Punkte 31. und 32. 22. Bericht des Kollegen Wegner über die Punkte 33. und 34. 23. Bericht des Kollegen Wegner über die Punkte 35. und 36. 24. Bericht des Kollegen Wegner über die Punkte 37. und 38. 25. Bericht des Kollegen Wegner über die Punkte 39. und 40. 26. Bericht des Kollegen Wegner über die Punkte 41. und 42. 27. Bericht des Kollegen Wegner über die Punkte 43. und 44. 28. Bericht des Kollegen Wegner über die Punkte 45. und 46. 29. Bericht des Kollegen Wegner über die Punkte 47. und 48. 30. Bericht des Kollegen Wegner über die Punkte 49. und 50. 31. Bericht des Kollegen Wegner über die Punkte 51. und 52. 32. Bericht des Kollegen Wegner über die Punkte 53. und 54. 33. Bericht des Kollegen Wegner über die Punkte 55. und 56. 34. Bericht des Kollegen Wegner über die Punkte 57. und 58. 35. Bericht des Kollegen Wegner über die Punkte 59. und 60.

wurden als Beisitzer, und als Revisoren wurden die Kollegen Gwald und Göring I gewählt. Die gewählten Kollegen nahmen die Kassen an und dankten den Mitgliedern für das ihnen geschenkte Vertrauen. Zu Vertrauensleuten wurden gewählt, Kollege Schmidt für die Werkstatt, Blümke und Göring I für die Kolonnen und Kollege Gebrmann für Windmühlenberg, dieselben nahmen ebenfalls das Amt an. Coll Gebrmann stellt dann unter Berücksichtigung des Antrags, den drei Vorstandsmitgliedern für ihre Mühe und Arbeit eine Vergütung zu gewähren, nach längerer Diskussion wurden dann den drei ersten Vorstandsmitgliedern jährlich 6 Mk. als Entschädigung bewilligt; doch verzichteten die Kollegen Volkmann und Wegener hierauf. Ferner wurde die Sache des Arbeiters und Verbandskollegen Karl Neumann besprochen. Derselbe hörte plötzlich auf beim Wasserwerk zu arbeiten und demnächst nunmehr den Kollegen Wegener in der Werkstatt. Es wurde der Wunsch ausgesprochen, daß sich die Kollegen der anderen Zitate vor A. möglichen hüten, wenn derselbe in einem anderen Betrieb der Stadt wieder in Arbeit tritt; wie man vermutet, soll A. auf einer nächsten Versammlung bereits arbeiten. Es wurde vom Vorstand der Antrag gestellt, die Versammlung möge den Vorstand ernennen, ein Mitglied, die in eine Notlage geraten sind. Darüber gewöhren zu dürfen. Der Antrag wurde auch einstimmig angenommen. Da Coll. Griebner im September sein 25 jähriges Dienstjubiläum feiert, so wurde ein Komitee gewählt, welches die erforderlichen Arrangements beizugehen soll. Das Komitee besteht aus den Coll. Griebner, Gannemann und Hartl. Siebig spricht den Wunsch aus, daß sich die Mitglieder nur an den Jubiläum der Verbandskollegen beteiligen, dagegen den Industriellen, die dem Verbands fern stehen, ausbleiben möchten. Es entspann sich eine lebhafte Debatte über diesen Punkt zwischen Coll. Griebner und J. Jutter. Zum Schluss wurde vom Kollegen Siebig der Antrag gestellt, an die streifenden Glasarbeiter eine Unterjagung von 25 Pf. zu bewilligen, derselbe wurde auch nach kurzer Diskussion angenommen.

Bremen. Das Verbandstheile war hier in unserer guten Stadt Bremen schon so ziemlich auf Roll gekommen, und seit dem unglücklichen Brand der Gasarbeiter im Vorjahr wollte sich der frühere Schwung noch immer nicht so recht einstellen. D. Stadt war uns der Besuch des Hamburger Verbandssekretärs, Genossen Heinrich Müller, auch sehr erwünscht. Genosse Müller sprach in zwei Mitglieder-Versammlungen. Die erste fand am 13. und die zweite am 20. August im Verbandsbauhaus statt. Auf diese Weise konnten zwei Schichten die Versammlungen besuchen.

In der ersten Versammlung sprach Genosse Müller über die Ziele unserer Bewegung, wobei er das Verbandsprogramm behandelte. Heiner hätte den nur in mäßiger Zahl Erschienenen zu Gemüte, daß sie nur mit einer Seite 8 in der Organisations-Arbeit zum Nutzen, dann würde das schon bald seine Wirkung zeigen.

Vor allen Dingen müsse der Geist der Brüderlichkeit in den Kollegenkreisen mehr gepflegt und der Zusammenhalt gefestigt werden. Es komme nicht nur allein darauf an, den Beitrag zu zahlen, nein, durch eigne Verbandsarbeit und unangerne Teilnahme an den Verhandlungen werde der Bewegung Leben eingehaucht. Die Gewerkschaft verfolge neben den materiellen auch noch ideale Zwecke. So sei an sich schon ein ideales Schreiben, die Lebensstellung ganzer Arbeitergruppen zu heben, aber außerdem lege man in der Gewerkschaftsbewegung hohen Wert auf gute Schulung und Disziplinierung, soziale und wirtschaftliche Aufklärung. In diesem Maße komme für die Gewerkschaft der Stützpunkt zur Geltung, welcher sich auch in der Bremer Stadtbibliothek befindet und da lautet: Wissen ist Macht! Wissen auf sozialem und wirtschaftlichem Gebiete seien die Vorbedingungen zur Erzielung besserer Positionen.

Nachdem noch Redner auf viele indifferente Einzelheiten eingieng, schloß er seinen Vortrag unter lebhaftem Beifall seiner Zuhörer.

In der nun folgenden Diskussion, an welcher sich viele Kollegen beteiligten, wurde mehrfach betont und gelobt, daß es noch besser werden solle. Auch in Bremen thue es doch Noth, sich mit den praktischen und drückendsten Forderungen unserer Bewegung einzusetzen und zu befassen. Sodann wurde beschlossen, in acht Tagen eine weitere Versammlung stattfinden zu lassen, zu derselben wieder Genosse Müller einzuladen, sowie energische Aktion zu betreiben und außerdem die Wahl von Vertrauensmännern vorzunehmen.

Am 20. August sprach Genosse Müller vor merktlich besser dachter Versammlung über das Thema: „Wie sieht es mit der sozialen Fortschritt für die in Staat- und Gemeindegewerkschaften beschäftigten Arbeiter und Unterangestellten?“ Auch dieser Vortrag fand die bestmögliche Aufnahme und alle Redner in der Diskussion sprachen sich im Sinne des Redner aus.

Nachdem noch mehrere driliche Berichte bzw. Arbeitsangelegenheiten erörtert, wurden für die einzelnen Dienst- und Arbeitsstellen Vertrauensleute gewählt, um so der Organisation feste Stützpunkte zur weiteren Ausdehnung zu geben.

Nach einem fernigen Schlusswort Bürger's wurde die Versammlung geschlossen.

Breslau. Eine Versammlung der Prekariat-Gewerkschaftler tagte am 28. Juli im Gewerkschaftsbauhaus. Der Verbandssekretär Berthel-Herlin hielt einen Vortrag über „Das konstitutionnelle Arbeiterverhältnis“. Heiner erläuterte zunächst den Begriff des konstitutionellen Aus dem absoluten Regime der Feudalen hat sich in den modernen Staaten allmählich die geistlich geregelte Mitwirkung der früheren Unterthanen bei der Entscheidung der Staatsgeschäfte entwickelt. Es sind dann immer Kampfe nötig gewesen. Die unbedenklich herrschenden Verhältnisse werden sich gegen die Einschränkung ihrer Macht, die sie herleiten wollten aus dem Umstand, daß sie von Gottes Gnaden Herrscher geworden seien und

Beilage zu „Die Gewerkschaft“.

Nr. 18.

Berlin, den 8. September 1901.

5. Jahrg.

Streikbruch und Sozialdemokratie.

Die Kontrollkommission der sozialdemokratischen Partei, welche in der bekannten Affäre der Hamburger Maurer von Seiten der Hamburger Parteigenossen angerufen wurde, hat sich bedauerlicherweise dem Urteil des Schiedsgerichts angeschlossen. Bei der Erörterung des ganzen Streites zeigt sich wieder einmal zur Genüge, wie wenig Verständnis für die Gewerkschaftsbewegung in einigen Kreisen der Partei aufzuweisen ist und daß dieselbe selbst hervorragende Personen noch nicht einmal dem Kernpunkt des ganzen Streites begriffen haben. Namentlich, Zubeil usw. behandelten z. B. die ganze Angelegenheit in Berliner Parteiverfammlungen als einen Streit um die Frage der Affordarbeit. Das ist ja doch aber eine Verfeinerung der ganzen Differenzpunkte. Nicht um die Affordarbeit handelt es sich im wesentlichen, sondern um die Frage der gewerkschaftlichen Disziplin! Ist die Auffassung von Plannisch usw. richtig, dann ist z. B. auch ein Berliner Maurer, der, während seiner Kollegen um den 9. Stundentag kämpfen, ruhig weiter 10 oder 11 Stunden arbeitet, auch kein Streikbrecher, da ja an vielen Orten Deutschlands noch organisierte Maurer 10-11 Stunden täglich tätig sind.

Andere Verteidiger des gefällten Schiedspruches wieder meinen, es ginge der ganze Streit die Partei deshalb gar nicht an, weil doch die Gewerkschaften gegenüber den politischen Parteien neutral sein sollen.

So, lieben Freunde, ist die Neutralität der Gewerkschaften denn doch nicht aufzuheben. Die Sozialdemokratie sagt, sie sei die Vertreterin der Arbeiterinteressen. Wenn nun aber die sozialdemokratische Partei die Disziplinlosigkeit in den Gewerkschaften, wie im Hamburger Fall, begünstigt, so ist sie bei den Gewerkschaften nicht förderlich, auch nicht neutral mehr gegenüber, sondern sie schädigt dieselben. Da hört denn selbstverständlich auch die Neutralität der Gewerkschaften gegenüber der Partei auf. Genau wie die gewerkschaftlichen Organisationen nicht der konservativen Partei usw. neutral gegenüberstehen können, genau so müssen sie sich gegen alle Parteien wenden, die ihr Hindernisse in den Weg legen. Wenn dieses nun aber noch von der Partei geschieht, die ganz besonders betont, die Interessen der Arbeiter zu vertreten, so müssen sie sich ganz energisch hiergegen wehren.

Andere wieder verlangen, daß dann auch die Gewerkschaften alle Beschlässe der Partei ohne weiteres respektieren sollen. Wir halten es in dieser Beziehung vollkommen mit Eduard Bernstein, der im „Vorwärts“ folgendes schreibt:

„Es wird wohl keinen Sozialisten geben, der die Verhältnisse als ein prinzipiell neutrales ansieht. Die Neutralität der Partei den Gewerkschaften gegenüber kann vielmehr immer nur eine formale sein, und zwar aus folgenden Gründen: Die Partei vertritt gegenüber der Arbeiterbewegung in allen ihren Zweigen keinerlei Sonderinteressen, sie ist nicht ein Zweig wie die anderen Zweige, sondern sie ist oder soll sein die Zusammenfassung aller Spezialinteressen nach der großen Seite hin, die wir heute das politische Wesen nennen, und die das allen Gliedern des Gesellschaftskörpers gemeinsame umfaßt oder herstellen soll. Die Partei ist, trotz der ihr inne wohnenden Tendenz auf das Allgemeine der Arbeiterinteressen hin, auch dazu bestimmt, die höchste Instanz der Arbeiterbewegung zu bilden, sie hat gegenüber allen den höheren Anspruch auf die geistige Beeinflussung der Massen.“

Aber weil sie prinzipiell die höhere Instanz darstellt, weil sie der Körper ist, zu dem die verschiedenen Spezialorgane der Arbeiterbewegung als ihrem natürlichen Mittelpunkt immer wieder zurückdrängen, darum hat meines Erachtens die Partei auch in verschiedenen Hinsicht größere Pflichten gegenüber den einzelnen Gliedern, als diese gegen sie. Sie hätte es für irrig, die von der Partei den Gewerkschaften und Genossenschaften gegenüber zu beobachtende Neutralität der Neutralität dieser für wesenlos gleich aufzufassen. Allerdings ist auch die letztere nur eine bedingte, soll und wird der Welt, der die Partei befreit, nicht vor den Türen der wirtschaftlichen Organisationen der Arbeiter halt machen. Aber es bedingt sich nicht mit den Spezialaufgaben, die diesen zufallen, ihren Mitgliedern andere Verpflichtungen als bindend aufzuerlegen, als die sich aus der Natur dieser Aufgaben selbst ergeben. Tögen liegt es im Wesen der Sozialdemokratie als Partei der Arbeiterklasse, diese Spezialorgane der Arbeiterbewegung, gleichviel wie sie sich zu ihr stellen, als ihre natürlichen Schutzgeborenen zu betrachten, ihnen gegenüber nach dem Grundsatze zu handeln: woblles oblige, — die höhere Position verpflichtet.“

Geht man von diesem Gesichtspunkt aus — und ich glaube nicht, daß es irgendwo in der Partei auf Widerspruch stoßen wird — so wird man es nicht als unmoralisch oder auch nur unerwünscht betrachten können, wenn an die Partei die Anforderung herantritt, große Pflichten gegenüber den Gewerkschaften als unvereinbar mit ihren Prinzipien zu betrachten.“

Die ganze Angelegenheit wird nun vorwiegend durch den demnächst stattfindenden Parteitag der deutschen Sozialdemokratie beschäftigt. Öffentlich respektiert dieser die Forderungen der Gewerkschaften, sonst müßten diese, der Partei unliebsame Konsequenzen, aus einer Ablehnung derselben ziehen.

Ein Wort in Sachen der Krankengeld-Zusatzkasse.

Die Tatsache, daß unsere erst kürzlich ins Leben getretene Krankengeld-Zusatzkasse ihre Zahlungen momentan einstellen muß, hat unter den Mitgliedern derselben eine begriffliche Erregung hervorgerufen. — Wie immer bei anbergschweblichen Situationen, so wird nun auch in diesem Falle, nach Personen gesucht, die an dem behauerlichen Vorkommnisse Schuld haben sollen. Diese Personen sind leicht gefunden, indem man die Mitglieder des Verbandesvorstandes dafür verantwortlich macht, wie aus mehreren Schreiben hervorgeht, welche man uns zugehelt hat. Nun ist es aber Tatsache, daß der Verbandsvorstand gar nicht die Statuten der Krankengeld-Zusatzkasse ausgehelt hat, sondern eine Körperlichkeit, die von der Generalversammlung des Verbandes zu diesem Zwecke eingesetzt wurde. Dieser Körperlichkeit gehörte allerdings der Unterzeichnete mit an. Aber auch dieser Kommission können nicht die geringsten Vorwürfe gemacht werden, indem sie keineswegs leichtfertig gearbeitet hat, wie jetzt behauptet wird. Die fragliche Kommission stellte denn auch nicht ohne jeden Anhalt bestimmte Beitragssätze und Leistungen an, sondern ist sehr vorsichtig zu Werke gegangen. Sie ließ sich zunächst von einer Reihe bester der Zusatzkassen die Statuten kommen. Die Beitragssätze und Leistungen dieser Kassen stimmen durchgängig mit den bezüglichen Bestimmungen unserer Kasse überein. Die Kommission besag ferner von dem bekannten Verlage für „Arbeiter-Versorgung“ (A. Trotschel, Berlin W.) Musterstatuten. Entwürfe für Krankengeld-Zusatzkassen. In diesen Vorlagen wird von den Herren Becker, Rehdark der Ortskrankenkasse zu Coblenz und Pelmg, Kästen, Revisor der genannten Kasse, vorgehelt, für nachbenannte Beitragssätze bei 1/2-jährlicher Karenzzeit folgende wöchentliche Unterhaltungen zu gewähren:

Wöchentlicher Beitrag 8 Pfg . . .	8 — M.
„ „ „ „ 16 „ „ „	6 — „
„ „ „ „ 24 „ „ „	9 — „
„ „ „ „ 32 „ „ „	12 — „
„ „ „ „ 40 „ „ „	15 — „

Der staatliche Revisor in Hannover giebt das Gutachten ab, daß eine Kasse von 500 Mitgliedern bei obigen Beitragssätzen und Leistungen lebensfähig ist.

Die Krankengeld-Zusatzkasse der Stadt Coblenz hat bei den oben genannten Sätzen die Genehmigung des Oberpräsidenten der Rheinprovinz gefunden und besteht dabei seit Jahren. Die gegenwärtige Situation in unserer Krankengeld-Zusatzkasse ist demnach auf ganz anormale Verhältnisse zurückzuführen, die Niemand voraussehen konnte. Nach den bisherigen Neulasten unserer Krankengeld-Zusatzkasse muß in hiesigen Betrieb ein viel größerer Prozentsatz Erkrankter aufzuweisen sein, als in den anderen Unternehmungen. Hauptächlich schelnen hierbei die Gaswerke in Frage zu kommen, da die Zahlstellen, welche namentlich Gasarbeiter zu Mitglieder haben, geradezu unglaubliche Zustände erleiden. Berlin I (Gasanstalt Müll str.) führte z. B. bisher an die Hauptkasse 155,82 M. ab, erhielt aber einen Zuschuß von 338,60 M. Es mag auch zutreffen, daß die augenblickliche große Erkrankungsiffer in den Gaswerken insofern eine anormale Erscheinung ist, als vielleicht die außergewöhnlich große Hitze, welche wir bisher hatten, nicht ohne Einfluß auf den gesundheitlichen Zustand namentlich der Arbeiterarbeiter geblieben ist. Doch darüber können wir uns ein endgiltiges Urteil noch nicht erlauben. Unsere Zusatzkasse besteht erst eine kurze Zeit, weshalb es einfach unmöglich ist, endgiltige Schlüsse bereits ziehen zu können. Bei der Ausarbeitung der Statuten war die richtige Bestimmung der Beitragssätze und der Leistungen aber noch viel unmöglicher, da jede Anhaltspunkte in Betreff der Erkrankungsiffer der hiesigen Arbeiter fehlten. Die hiesigen Arbeiter sind an den meisten Orten in verschiedenen Klassen vertheilt, so daß brauchbares statistisches Material gar nicht vorhanden ist. Welche unrichtigen Ansichten betreffs der Leistungs-fähigkeit unserer Kasse einzelne Fittalen hegen, geht aus dem oben hervor, daß sie für einen wöchentlichen Beitrag von 10 Pfg. 4 — M. Unterhaltung pro Woche verlangten.

Zu der gegenwärtigen Situation ist noch folgendes zu bemerken. Als der Verbandsvorstand die Beschlässe betreffs der Umpflanzern z. sahie, betrug der bare Kassenbestand 0,88 Pfg. Auch daß der Verbandsvorstand nicht zu spät eingegriffen, sondern die ganzen Vorgänge, welche die Zahlungsunfähigkeit hervorriefen, spalten sich innerhalb weniger Tage ab, indem ganz plötzlich eine größere Zahl von Geschäftsführern Anträge auf Zuschüsse in der Höhe von 500 M. stellten und jene Geschäftsführer, die der Hauptstelle vertheilt hatten, Gelder eingehenden, sich plötzlich dazu unfähig erklärten.

Die Beschlässe des Verbandsvorstandes auf Preisfestsetzung der Leistungen z. sind ferner auch nur als Provisorium zu betrachten. Der Verbandsvorstand wird zunächst die weitere Entwicklung der Kasse abwarten müssen, um dann später entsprechende Beschlässe zur Reorganisation der Kasse resp. des ganzen Unterhaltungsweins machen. Weshalb sich die Finanzen der Kasse, so kann selbstverständlich auch wieder eine Erhöhung der Unterhaltungsätze eintreten.

Einige Mitglieder wünschen, daß der Verbandsvorstand die augenblicklich notwendigen Gelder der Krankengeld-Zusatzkasse leihweise hergeben soll. Das ist aber gänzlich unmöglich, indem der Verbandsvorstand einmal hierzu nicht das geringste Recht besitzt und andererseits diese Gelder bei einem Zusammenbruch der Kasse dem Verbandsvorstand verloren gehen würden, was dann der Verbandsvorstand gar nicht verantworten könnte.

Genüß ist die gegenwärtige Situation für die Geschäftsführer und Mitglieder keine besonders angenehme. Aber bei einiger Uprerwilligkeit werden wir auch diese heftige Situation überwinden. Man möge bedenken, daß es nicht böser Wille war, welcher die heutige Sachlage heraufbeschwor, sondern Dinge, die Niemand voraussehen konnte.

Das möge man nicht aus dem Auge verlieren, dann werden wir auch über die augenblicklichen Schwierigkeiten hinweg kommen. Dr. Poerich.

Eingefandt.

In Nr. 16 der Gewerkschaft jüht sich Kollege Schabel getroffen, daß ich den Berliner Fittalen, welche nicht für Anstellung eines Beamten sind, Kurzschichtigkeit vormerke. Ja, Kollege Schabel, was ist es denn weiter? Kollege Schabel schreibt, daß es der Ruhn seiner Fittale sein würde. Ich glaube nicht daran. Schabel spricht doch sonst überzeugend, da wird er doch auch in dieser Angelegenheit die Mitglieder in seiner Fittale von der Notwendigkeit überzeugen können. Was die Kostenfrage betrifft, das hat Kollege Poerich bereits in der Anmerkung näher besprochen. Auch habe ich in Nr. 14 der Gewerkschaft auf die 50 Pfg., welche in der Fittalkasse verbleiben, hingewiesen.

Kann der Ausschuß der Berliner Fittalen was Einheitsliches schaffen, wenn Niemand da ist, der die Fäden in der Hand hat. Der Ausschuß beschließt immer das und das wollen wir machen, aber es findet sich kein Mensch, der die Beschlässe ausführt. Wie ist es mit der Petition betreffs Erholungsurlaub, wo sind die Fittalen betreffs Lohn- und Arbeitsverhältnissen? So sind es unzahlige Sachen, die vernachlässigt werden. Nun zu Kollege Guhn; dessen Verhalten verstehe ich nicht. Wenn ich nicht irre, hat Kollege Guhn in der kombinierten Verband- und Brauer- und Metzger-Fittale für Anstellung eines Beamten gesprochen und jetzt spricht er in der Fittalerversammlung dagegen. Man kann doch in so kurzer Zeit seine Ansichten nicht ändern. Röll Guhn will durchaus die Krankengeld-Zusatzkasse beibehalten; dazu ist ja die Krankengeld-Zusatzkasse. Leider wird dieselbe zu sehr ausgebeutet, jedoch für wirklich Kranke geht nichts mehr vorhanden ist und mehr bezahlen will auch keiner. Da können wir z. B. viel von anderen Verbänden lernen; der Brauer- und Metzger-Fittalerverband — Gau Berlin — will jetzt bei nur 1200 Mitgliedern einen Beamten anstellen, und wir schauen uns vor den Kosten bei 2500 Mitgliedern. Also nicht so engberzig, es kann sich im schlimmsten Falle nur um ein paar Pfennige handeln. Hoffentlich ist in dieser Angelegenheit bald eine kombinierte Vorstand- und Vertrauensmänner-Sitzung, wo alle Einzelheiten besprochen werden können.

Rixdorf, den 26. August 1901.

G. Herrmann.

Aus den Gemeinden.

„Wenn Zwei dasselbe thun, so ist das nicht dasselbe.“ Unter diesem Motto geht uns von einem Berliner Verbandskollegen folgendes Schreiben zu:

Bisher wurde den Familienangehörigen der Arbeiter der Pumptation 6 der hiesigen Kanalisationswerke gestattet, daß sich dieselben in der zur Station gehörigen Badanstalt baden dürfen. Der kurze Zeit ist nun dem Arbeiter L., welcher, nebenbei bemerkt, sechs Kinder hat, von Seiten des Betriebsinspektors Plaiter verboten worden, die Kinder fern in der Badanstalt zu baden, weil angeblich hierdurch zuviel Wasser verbraucht würde. Dem Kanalenmeister Kämten wird das Verbot nachgehört, bezweigen gemein zu sein, welcher zuerst die erwähnte Wasserrechnung auf Statist. ent, die durch die Arbeiter fern der verurteilt sein soll, entdeut zu haben. Auf sein Verlangen soll denn auch der Betriebsinspektor das oben angelegene Verbot erlassen haben. Soweit wäre ja von Standpunkte des inspektors hiesigen Beamten gegen das Verbot nichts einzuwenden, wenn die Bedanke nicht eine Rekrise wäre, die sehr zu Ungunsten des Herrn Kanalenmeisters und dessen penitenten Sparfamkeitsthum spricht. Man höre und lausere: Nicht oft wird Herr Kämten von seinen Verwandten in Begleitung von Hundern besucht. Bei dieser Gelegenheit benutzen dann nicht nur regelmäßig die Verwandten die Paderäume der hiesigen Pumptation, sondern auch deren Hunde werden, in den Badewannen einer gründlichen Reinigung unterzogen. Die Badräume selbst müssen jedesmal vor und nach der Benutzung von Seiten der Verwandten des Kanalenmeisters durch Arbeiter, die von der Stadt gelohnt werden, gründlich gereinigt

werden. Hat der städtische Beamte, Herr Maschinenmeister Räumlein, vielleicht darüber schon nachgedacht, wie hoch sich der Schaden beläuft, welcher der Stadt durch das Baden seiner Verwandten und deren Fürde, sowie durch die notwendigen Reinigungsarbeiten, ausgeführt durch städtische Arbeiter, erwächst?

Es ist bezeichnend für die Charaktereigenschaften des Inspektors Herrn Pfister, daß derselbe den Befehlen — wolle sagen Klagen — des Maschinenmeisters Räumlein volles Gehör schenkt, ohne die Rechtfertigung der Arbeiter anzuhören. Wenn auch Herr Pfister mit Paros auszurufen: Uns kann keiner etwas anhaben, so steht dem beschuldigten Arbeiter immerhin das Recht der Verteidigung zu.

(Anmerk. der Red: Wir zweifeln nicht daran, daß die Verwandten des Maschinenmeisters Räumlein wirtschaftlich so gestellt sind, daß sie die Kosten für das Baden in einer Volkshabensanstalt bezahlen können, immerhin muß es uns eigensinnlich berühren, daß dieselben die Badeanstalt auf der Pumpstation 6 benutzen. Daß aber die Punde der Verwandtschaft des Herrn Räumlein ein größeres Anrecht besitzen, in der Volkshabensanstalt zu baden, als die Kinder der städtischen Kanalisationsarbeiter, das geht uns doch über unser Begriffsvermögen.)

Aus dem Reich des Herrn Pausyn wird uns geschrieben:

Eine neue Bestimmung hat der Vorsitz der städtischen Desinfektions-Anstalt I erlassen.

Den Desinfektoren der Annahmestelle ist es verboten worden, fernhin ihre Mahlzeiten in dem dazu bestimmten Zimmer einzunehmen. Denselben ist dafür ein schmales Unbehälter, dicht am Rost gelegener Gang als Speisezimmer angewiesen worden. Daß das gerade nicht zum Vorteil einer Anstalt spricht, wolle nach außen als Mutterinstanz gelten soll, wird wohl jedem intelligenten Ehemann einleuchtend werden. Die Ausbittungen des Rostes im Sommer einen elektrischen Geruch verbreiten. Auf in stilles Vergebung ist der Raum zum Aufenhalten für Männer nicht geeignet, weil die Gebärmutter, welche haben wollen, diesen Gang benutzen müssen; das gerade ist aber für die Frauen nicht nur sehr unangenehm, sondern auch beschämend.

Wie wäre es, Herr Pausyn, wenn Sie einige Zeit Ihre Mahlzeiten dort einnehmen würden? Diese Bestimmung spricht allen hygienischen Anforderungen Gebn und steht im krassen Gegensatz zu den Bestrebungen der städtischen Desinfektions-Anstalten.

Die Stadt Remmunder als Arbeitgeberin.

Die „Schleswig-Holsteinische Volks-Zeitung“ schreibt: „Schon zu wiederholten Malen haben wir darauf hingewiesen, daß die Löhne der Arbeiter auf der städtischen Gasanstalt der Verbesserung dringend bedürfen. Die Gasarbeiter, welche bisher bei einer 12stündigen Arbeitszeit 260 Mk. Tagelohn erhielten, wurden vor einiger Zeit bei der Verwaltung vorstellig, ihnen den Lohn zu erhöhen. Es wurde den Leuten gesagt, daß man Erhebungen darüber anstellen wolle, ob die Löhne anderswo höher seien, als hier. Man verteilte sie vorläufig bis zum Herbst. Inzwischen haben sie aber eine Lohnzulage von sage und schreibe 10 Pf. pro Tag erhalten. Die Arbeiter haben nun durch Vermittelung des Gewerkschaftsrates auch Erhebungen über die Löhne in anderen Städten angeestellt und zwar in Hendsburg, Kiel, Elmhorn und Ringenbüten. Man hat also mittlere, große und kleine Städte herangezogen, um festzustellen, wie sich die Löhne im Verhältnis stellen. Dabei hat sich ergeben, daß die Löhne in Hendsburg 3 Mk. pro Tag betragen. Von den übrigen Orten ist leider eine Antwort nicht erfolgt. Es ist dies bedauerlich, denn die Kartelle sollten doch, wo es sich um die Festsetzung von Lohnverhältnissen handelt, in erster Linie Auskunft geben. Zur Sache selbst wollen wir bemerken, daß man Hendsburg keinen faun, Neumünster doch wohl auch leisten sollte. Die alljährlichen großen Leberküsse der Gasanstalt sollten doch wohl die Verwaltung in den Stand setzen, ihren Arbeitern anständige Löhne zu zahlen. Diese sind es doch in erster Linie, welche durch ihre Arbeit die Leberküsse schaffen. Wenn es heißt, daß die Staatsbetriebe Musterbetriebe sein sollten, so sollten auch die Städte danach streben, ihre Arbeiter zu Musterbetrieben zu machen und damit anderen Leuten ein gutes Beispiel zu geben. Leider wird auch hier nach kapitalistischen Grundregeln gehandelt, die sich hier in den äußerst niedrigen Löhnen äußern. Der Tagelohn für den Bezirk der Kristallfabrik ist erst neulich auf 3 Mk. festgesetzt; und die Stadt zahlt nicht einmal diesen Satz.“

Handlöhne.

Partei und Gewerkschaften. Mit der Ausbreitung unseres gegenwärtigen wirtschaftlichen Niederganges erscheinen auch jene Leute wieder in verdorrenen Maßstäben auf der öffentlichen Bühne, welche den Arbeitern nachweisen wollen, daß der gewerkschaftliche Kampf sinnlos wäre und nur die politische Organisation einen Zweck hätte. So brachte z. B. die „Schleswigische Tageswacht“ erst kürzlich einen Artikel, der über die Gewerkschaftsbewegung den Stab brach und der mit der Phrase endigte:

„Nach über dem Kampfe um unsere Besserstellung im Klassenkriege steht der Kampf um die politische Macht, doch über der Gewerkschaft die Partei!“

Die „Buchbinder-Zeitung“, welche bekanntlich auch in Stuttgart erscheint, geht nun erfreulicherweise mit dem Phrasenwerkzeug in's Gericht. Sie schreibt unter Anderem:

„Daß es immer noch so wunderliche Ränge giebt, die, obgleich Sozialdemokraten und damit für den Fortschritt schwärmen, in durchaus konfessionärer Weise am Althergebrachten hängen und die Gewerkschaften immer noch unter die Fittiche der Partei gebettet wissen wollen und nicht zu begreifen vermögen, daß die Gewerkschaften den Arbeitern entgegenkommen sind, macht über freitextlichen Begegnung keine allzu große Ehre. . . . Die Gewerkschaftsbewegung ist nun einmal fähig geworden, trotz allen Gefährlichen einiger Nachteile, und das sicherlich durchaus nicht zum Schaden der Partei. . . . Nur Leute, die sich immer noch gar zu gern mit dem revolutionären Brimborium begnügen, finden G. fallen daran, sich selbst und andere Leute täuschen zu wollen. Die Meinung, daß die heutige Gesellschaft schwach wie ein alter Rarrengaul ist, daß sie über Nacht gestürzt werden könnte um Tage darauf auf ihren Trümmern die neue, zukünftige Gesellschaft entstehen lassen zu können, scheint immer noch geistiges Gemeingut dieser Leute zu sein. . . . Ob aber der heutige Staat mit dem seit auf das Endziel gerichteten Blick und dem Hufe „Nieder mit dem Kapitalismus!“ in seinen Grundgesetzen nicht erfüllt wird als mit der sichern Arbeit der Gewerkschaften auf wirtschaftlichem Gebiete und der der Partei auf gesetzgebendem, das dürfte doch billig bezweifelt werden.“

Auch die „Neue Zeit“ bringt in einer ihrer letzten Nummern einen Artikel, der zwar nur Vorgänge in einem bestimmten Bezirk Englands behandelt, aber offenbar die Tendenz verfolgt, nachzuweisen, daß der ganze gewerkschaftliche Kampf unnützlich sei. — Diese Leute werden bei den deutschen Arbeitern trotz der Preise wohl nur sehr geringe Sympathie finden. Auch die deutschen Arbeiter haben in den letzten Jahren die enorme Bedeutung der Gewerkschaft kennen gelernt. Die bloße Tatsache, daß gegenwärtig eine Reihe von Organisationen trotz des wirtschaftlichen Niederganges ihre alten Löhne weiter aufrecht erhalten können, beweist den großen Nutzen der gewerkschaftlichen Bewegung. — Für solche Dinge haben aber die erwähnten Phrasen keine Verwendung. Daß das Wort möglichst weit aufgewiesen wird, ist bei ihnen die Hauptsache und wenn auch das Proletariat unterdessen zu Grunde geht.

Der fünfte deutsche Gewerkschaftskongress wird, einem Beschluß des Gewerkschaftsauswärtigen Ausschusses zufolge, in der fünften Woche nach Pfingsten 1902, also in der Zeit vom 18. bis 23. Juni, in Stuttgart abgehalten. Der Tagungsort wurde unter fünf Städten (vorigen Jahres waren noch Berlin, München, Nürnberg und Leipzig) mit 25 von 41 Stimmen gewählt.

Wo wird am meisten gefohlen? Ueber diese Frage giebt die jüngste Bearbeitung der Deutschen Kriminalstatistik in einer Sonderabteilung Auskunft. Sie ergiebt die übrigens nicht sehr verwunderliche Tatsache, daß im Dorado unserer Kriminalunter am meisten gefohlen wird. Die Tabelle umfaßt den Durchschnitt der Jahre 1888—1896 und ergiebt folgendes:

Im ganzen Reich wurden von je zehntausend strafmündigen Zivilpersonen 108,5 wegen Verbrechen und Vergehen überhaupt und 26,9 wegen einfachen und schweren Diebstahls verurteilt. Das Königreich Preußen steht schon etwas unglücklicher, nämlich 110,3 wegen Verbrechen und Vergehen überhaupt und 28,1 wegen Diebstahls wie aber die Junkerbezirke! Die Provinz Ostpreußen zeigt 165,5 und 37,1, die Provinz Pommern 155,5 und 49,9, die Provinz Posen 159,7 und 52,2. Einzelne Kreise darin erheben sich zu garabue urbinische Kriminalitätszahlen. So der Kreis Ciesoburg 271,1 und 73,3, der Kreis Neudenburg 265,1 und 84,4, der Kreis Labiau 244,6 und 82,9. Im Regierungsbezirk Gumbinnen der Kreis Heideburg 261,6 wegen Verbrechen und Vergehen überhaupt und 80,4 wegen Diebstahl, der Kreis Ost 252,2 und 76,2, der Kreis Vögen 225,3 und 70,4, der Kreis Sensburg 248,2 und 86,1, der Kreis Johannsburg 317,9 und 102,8. In dem letztgenannten Kreise kommen alljährlich beinahe soviel Verurteilungen wegen Diebstahl vor, wie im ganzen Reich überhaupt. Im ganzen Regierungsbezirk Bromberg beträgt die jährliche Diebstahl-Kriminalität 62,4, in den Kreisen Inowrazlaw und Sieroko 88,6.

In der Provinz Schlesien, die in Folge der günstigen Verhältnisse des Regierungsbezirks Liegnitz nur 188,2 Verbrechen und Vergehen überhaupt und 37,7 Diebstahlverurteilungen aufweist, ist es der Regierungsbzirk Oppeln, das gelegene Obereschlesien, das wieder erschreckende Zahlen zeigt. Da sind Kreise wie Lublitz mit 244,9 und 70,3, Weistritz und Tschelmsitz mit 216,6 und 51,1, Badry mit 250 und 52,4, Ratowitz mit 288,3 und 61,8, Neuthein Stadt und Land mit 317,1 und 69,7.

Dagegen weist die Stadt Berlin nur eine Kriminalität von 134,6 und eine Diebstahlkriminalität von 34,1 auf. Die Provinz Brandenburg mit Berlin nur 117 und 29,8, der Regierungsbzirk Potsdam 113 und 27,5, der Regierungsbzirk Frankfurt nur 95,4 und 26,1. Die Provinz Sachsen zeigt nur eine Kriminalität von 108,6 im ganzen und 25,5 für Diebstahl, steht also schon unter dem Reichsdurchschnitt: noch niedriger die Provinz Schleswig-Holstein, Westfalen, das Königreich Sachsen usw. Im mittleren Deutschland, im Westen und Nordwesten, im Süden, überall ganz unvorstellig günstigere Verhältnisse als im Osten.

Es ist eine langst unangenehm festgestellte Tatsache, daß der Diebstahl als allgemeine Erscheinung eine Folge der wirtschaftlichen Noth und der meist mit ihr in Verbindung stehenden Armut und stillosen Verschämmerung ist. Wo das Geld haust, da haust das Verbrechen; das Verbrechen, der Diebstahl haust, wo die Junker herrschen!

Aus Paris wird unterm 30. Juli gemeldet: Die Glasarbeiter von Romilly-sur-Aube traten gestern Morgen wegen einer Lohnfrage in den Ausstand und betraufeten heftige Kundgebungen. Sie plazierten die rote Fahne auf und durchzogen unter den Klängen der Carmagnole die Straßen und Plätze des Ortes. Darauf führten sie den Direktor der Glasfabrik, der jedes Zugeständnis entschieden ablehnt hatte, mit sich und 11 Leuten neben einem mit glühender Glasmasse gefüllten Eimer, wobei sie erklärten, daß er zu wählen habe, ob er entabgetürdet werden oder ihre Forderungen bewilligen wolle. Der Direktor sah sich gezwungen, Alles zu versprechen, was man in so drohendem Tone von ihm verlangte.

Der höchste Streik — auf der Jungfrau. Aus einer in der „Berliner Zeitung“ veröffentlichten Korrespondenz ist ersichtlich, daß Anfangs Juli die Arbeiter und Beamten der Jungfrauarbeiten mit letzterer Solidarität die Bau- und Betriebsarbeiten einstellen, um die Durchführung folgender Forderungen zu erreichen: Wiederentlassung des neuernannten Tunnelbauabführers Durin Klaffen von Bruggen wegen brutalen Vorgehens gegen Arbeiter und Beamte, Zurücknahme der von Klaffen verfügten Kündigung des Bauarbeiters Schmidt, keine Kündigung bzw. Vorforderung der Betriebsarbeiten und Beibehaltung des vollen Tagelohnes für den Streikfall. Zugleich wurde der Staatthalter (Landrat) davon in Kenntnis und um seine Vermittelung ersucht, welchem Ersuchen derselbe auch sofort entsprach. Die Forderungen wurden sodann bewilligt und die beschlossene schriftliche Vereinbarung auch vom Staatthalter mit unterschrieben. Die Tunnelarbeiter sind gegenwärtig in einer Höhe von ca. 3000 Meter beschäftigt.

Gitterartiges.

Die Rechte des Angeklagten. Wer jemals einer Gerichtsverhandlung beiwohnt, kommt sich oft der Wahrnehmung rüch beschließen, daß der Angeklagte einer völlig fremden Ideennelt gegenübersteht und die Situation selbst kaum nicht gerathen ist, man es sich um eine Polizeibagatelle oder eine Privatklage handelt. Mag er draußen noch so großsprecherisch sein, hier meist er nicht das rechte Wort zur Verteidigung zu finden, sondern begreift viel zu spät, daß er den rechten Augenblick verpaßt hat, um seine Freisprechung zu erlangen oder die Strafe herabzumindern. Schuld an dieser Geistesunkenntnis mit all der mangelhaften Schulunterricht auf dem Gebiete des Rechts und die Fülle von Gesetzesbestimmungen, mit denen wir beklagt sind. Zu befragen ist es deshalb, daß eine deutsche Forderung sich gefunden hat, die aus dem reichen Erbschaftsbesitz in praktischer Anordnung des Stoffes und in gemeinverständlicher Weise das richterliche Verfahren im Strafprozess geschildert und durch Beispiele aus dem Leben erklärt ist. Die Schrift: „Recht der Angeklagten“ des Angeklagten, Verlag von Ad. Vipsch, Leipzig, 40 Haupt- und 12 Nebenseiten, Preis 60 Pf. Daß schon einige Auflagen erlebt, ist vollständig neu bearbeitet und im Inhalt erweitert worden. Trotzdem hat der Verlag den sehr billigen Preis von 75 Pf. auf 50 Pf. herabgesetzt, um dem Werte die rechte Bedeutung zu geben, die es verdient. Jeder kann aus dem Buche lernen und ist die Anschaffung desselben zu empfehlen.

In demselben Verlage sind unter dem Gemeintitel: „Bibliothek des praktischen Wissens“ folgende von tüchtigen Fachleuten geschriebene gemeinverständliche Bücher erschienen: Manier Wittich, Die Kunst der Rede. 1. Hft. Hermann Vgl., Das Ehe- und Familienrecht. 75 Pf. Das Vormundschaftsrecht. 75 Pf. Das Erbrecht und die Testamenten. 75 Pf. Das Recht des unehelichen Kindes und die Ansprüche der Kindesmutter. 75 Pf. Vipsch, Rechte und Pflichten des Richters. 20 Pf.

Aus dem „Jüdischen Postillon“. A la Stietenen. Nichter: Wie kommen Sie großer starker Kerl sich nur an der alten schwachen Frau vergreifen? — Angeklagter: Herr Richter, der jeshab bloß in die Nothwehr! — Nichter: Ach Unfaut! Sie sind doch kein Baron! — Angeklagter: Werß id! Davor werde id ja noch nicht freigesprochen!

„Sozialistische Monatshefte“ (Administration: Berlin W. Uligowitz 85a). Das Augustheft hatte folgenden Inhalt: James Ramsay Mac Donald: Die Trade-Unions und die Politik. — Adolph von Elm: Durch Föhren zur Klärung. — Max Schippel: Die Arbeiterbewegung und die Nationalliberalen. — Eduard Bernstein: Idealismus, Kampftheorie und Wissenschaft. — Rudolf Rebus: Wie stellen wir uns zur Alkoholfrage? — Camille Demoulin: Die Schritte. — Dr. Curt Wrotenzig: Sozialistisches aus der Natur. — Rundschau: Politik; von Richard Galtner. — Wirtschaft; von Max Schippel. — Sozialistische Bewegung; von Oscar Peterson. — Gewerkschaftsbewegung; von Heinrich Bürger. — Genossenschaftsbewegung; von Gertrud David. — Soziale Kommunalpolitik; von Dr. C. Dugo. — Naturwissenschaften; von Dr. Curt Wrotenzig. — Allgemeines zur Politik; von Karl H. Fischer. — Allgemeines zur Kampfbewegung und Ethele Schellinger-Greif. — Revue; von Ida Hanu Luz. Notizen; von Ferriando Qunderberg und Eduard Bernstein.

Der Preis des Heftes beträgt 60 Pf., pro Quartal 1,50 Mk. Zu bezeln durch alle Buchhandlungen, Kolporteurs und Postanstalten (Postzeitung-Katalog Nr. 6961), ferner durch die Expedition der Sozialistischen Monatshefte, Berlin W. 35, Uligowitz 85a. Zusendungen unter Preisbuch oder geschloß. nem Kuvert. Probehefte und Verlags-Kataloge gratis und franco.

Verantwortl. Redakteur: Dr. Fischer, Berlin, Winterfeldstr. 25. Druck von Maurer & Simisch, S., Consten-Ufer 11.